



Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik

8. Sitzung (öffentlich)

5. März 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitz: Ute Koczy (GRÜNE)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/400

In Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001

hier: § 20 Abs. 2 Nr. 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/402

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 01 - Landtag
- b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident
- c) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Ausschuss debattiert abschließend die ihn tangierenden Inhalte der unter a) bis c) genannten Einzelpläne. Die Haushalte werden mit den aus der Diskussion ergebenden Änderungen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung durch CDU und FDP **angenommen**.

2 New Governance

5

EU-Vorlage 13/62

Der Ausschuss diskutiert in einem ersten Durchgang das Thema "New Governance". Das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten sagt weiteres Informationsmaterial zu.

3 Nachhaltige Entwicklung - ein Gestaltungsauftrag für Umwelt und Schule

7

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/404

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(angekündigt)

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf,
die Abstimmung über die eingereichten Anträge in der nächsten
Ausschusssitzung vorzunehmen.

4 Die deutsche Sprache in der Europäischen Union aufwerten

9

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/414

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mit Stimmenmehrheit der
Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und bei Ent-
haltung durch die FDP **abgelehnt**.

**5 Chancen deutscher Bewerber beim Auswahlverfahren der EU stärken -
Kampagne für "Concours" starten**

10

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/614

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mit Stimmenmehrheit der
Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP
abgelehnt.

6 Umsetzung der regionalisierten EU-kofinanzierten Arbeitsmarktpolitik 11

Der Ausschuss nimmt einen ausführlichen Bericht eines Vertreters des MASQT entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

7 Europäisches Jahr der Sprachen 13

Der Ausschuss nimmt einen Bericht des Ministeriums für Schule, Wissenschaft und Forschung entgegen.

8 Servicestelle Kommunale Entwicklungszusammenarbeit 14

- Kein Diskussionsprotokoll -

9 Verschiedenes

- Siehe Seite 14 des Diskussionsteils.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung verständigt sich der Ausschuss auf Anregung der **Vorsitzenden** darauf, das Thema "Servicestelle kommunale Entwicklungszusammenarbeit" im Rahmen einer nächsten Ausschusssitzungen zu behandeln.

Sodann gratuliert die Ausschussvorsitzende im Namen des gesamten Ausschusses dem Abgeordneten Dietmar Brockes zur Geburt eines Sohnes.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/400

In Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001

hier: § 20 Abs. 2 Nr. 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/402

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 01 - Landtag
- b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident
- c) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ilka Keller (CDU) kritisiert namens ihrer Fraktion, dass ihr die Anträge der Koalitionsfraktionen erst heute Morgen per Fax zugegangen seien. Die CDU-Fraktion habe noch Beratungsbedarf und könne sich nicht abschließend äußern.

Ausschussvorsitzende Ute Koczy bedauert, dass die Anträge nicht eher vorgelegt worden seien. Da der Haushalts- und Finanzausschuss am kommenden Freitag abschließend tage, müsse allerdings heute abgestimmt werden.

Gabriele Sikora (SPD) erinnert an vergleichbare Situationen aus der Vergangenheit. Ihre Fraktion habe im Übrigen im Vorfeld darauf hingewiesen, dass es wegen Haushaltsklausurtagungen der Fraktionen zu einer terminlichen Enge kommen könne. Die Anträge seien mit Datum vom 28. Februar bzw. 1. März 2001 beim Ausschusssekretariat eingereicht worden. Es habe beim letzten Mal keine Bedenken gegeben, Anträge auch als Tischvorlage entgegenzunehmen.

Edith Müller (GRÜNE) sieht es durchaus als schwierig an, Anträge derart kurzfristig vorgelegt zu bekommen und abstimmen zu müssen. Sie plädiere dafür, in Zukunft für ein Verfahren zu sorgen, dass eine solche zeitliche Gedrängtheit vermeide.

Ilka Keller (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die CDU-Fraktion ihre Anträge bereits in der letzten Woche an die anderen Fraktionen per Fax verschickt habe. Die Möglichkeit, über die Anträge der Koalitionsfraktionen zu beraten, müsse eingeräumt werden. Man werde Fragen stellen, sich aber ansonsten der Stimme enthalten.

Sodann wendet sich der **Ausschuss der Abstimmung** der gemäß Tischvorlage eingereichten Anträge zu:

Ilka Keller (CDU) ist bei der ersten Durchsicht der Anträge aufgefallen, dass zunächst gestrichene Mittel jetzt offensichtlich medienwirksam zugeteilt und ergänzt würden. - **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Detlev Samland** erklärt, das Kabinett habe sich an den vom Finanzminister vorgeschlagenen horizontalen Kürzungsvorschlägen orientiert. Das Parlament mache von seinem Recht Gebrauch, Kürzungen zurückzunehmen.

Dietmar Brockes (FDP) bittet um Aufklärung, wie die aufgestockten Mittel gegenfinanziert werden sollten. - Diese Gegenfinanzierung, antwortet **Edith Müller (GRÜNE)**, erfolge aus Mitteln anderer Einzelpläne und über eine globale Minderausgabe im Einzelplan 20.

In Sachen "globale Minderausgabe", bemerkt **Wilhelm Lieven (CDU)**, habe er schlechte Erfahrungen gemacht. Es könne passieren, dass andere Bereiche, die aus den Mitteln des Haushalts lebten, in den Folgejahren zur Deckung dieser Minderausgabe zur Kasse gebeten würden. Seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten, weil nicht klar sei, mit welchen Auswirkungen gerechnet werden müsse.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum des Abgeordneten Wilhelm Lieven (CDU) bei Enthaltung der übrigen Ausschussmitglieder der CDU und der FDP **angenommen**.

Der **Antrag mit der laufenden Nr. 2** wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, gegen das Votum des Abgeordneten Lieven und bei Enthaltung durch die übrigen Ausschussmitglieder der CDU und der FDP-Fraktion **angenommen**.

Zum Antrag mit der **laufenden Nr. 3** bittet **Ilka Keller (CDU)** um Detailinformationen. - Im Mittelpunkt, so **Ausschussvorsitzende Ute Koczy**, stünden notwendige Maßnahmen zur Förderung des Europagedankens, insbesondere von Stipendiaten und Stipendiatinnen. Der Baransatz müsse erhöht werden, weil damit mehr Studierende bedacht werden sollten. - Bisher könne, ergänzt **Minister Samland**, ein einziges Stipendium gefördert werden. Im Falle einer Mittelaufstockung könnten drei Personen ausgestattet werden.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung durch die CDU und FDP **angenommen**.

Zur **laufenden Nr. 4** fragt **Ilka Keller (CDU)** nach, ob es bereits ein spezielles Projekt gebe, das mit den zusätzlichen Mitteln in Höhe von 30.000 DM versehen werden solle.

Die Diskussion um diesen Haushaltsansatz müsste eigentlich, so **Gabriele Sikora (SPD)**, der CDU-Fraktion aus den vergangenen Jahren bekannt sein. Den Geschäftsstellen der vier Euregios sollten die Mittel an die Hand gegeben werden, ihre Arbeit in der bewährten Form weiterführen zu können.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **angenommen**.

Der **Antrag mit der laufenden Nr. 5** wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP sowie bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **angenommen**.

Im Zusammenhang mit dem **Antrag laufende Nr. 6** verwundert **Ilka Keller (CDU)**, dass die Mitgliedschaft gekündigt werden solle. Ihre Fraktion sei im Vorfeld nicht gefragt worden.

Minister Detlev Samland teilt mit, die Landesregierung habe beschlossen, die Mitgliedschaft zu kündigen. Darüber habe er den Ausschuss persönlich unterrichtet. Die Kündigung sei zum 31. Dezember 2000 ausgesprochen worden. Die Landesregierung sehe eine Verzettelung der Beteiligung auf den unterschiedlichsten Ebenen bzw. in den unterschiedlichsten Institutionen weder als sinnvoll noch als vernünftig an. Man sei sehr interessiert daran, die Mitarbeit auf wenige Einrichtungen zu konzentrieren. In den Kontext passe auch, dass sich das Land NRW nicht an der gemeinsamen Erklärung der gesetzgebenden Körperschaften auf Ebene des

Europarates beteiligt habe, die die wallonische Regierung ausgerufen habe. Soweit er unterrichtet sei, werde ein Teil der eingesparten Mittel für die Aufstockung bei der Europaunion eingesetzt.

Die Kündigung sei fristgerecht vorgelegt worden, bemerkt bei der Gelegenheit **Gabriele Sikora (SPD)**. Dessen ungeachtet sei die in Rede stehende Summe im Haushaltsansatz immer noch enthalten gewesen.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **angenommen**.

Der **Antrag** der CDU-Fraktion betreffend eine Mittelerhöhung um 500.000 DM in Kapitel 02 030, Titel 686 00 - Zuschüsse für Projekte im Ausland - wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der CDU-Fraktion bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Zum **Antrag** der Koalitionsfraktionen betreffend eine Erhöhung des Baransatzes im Einzelplan 10 und dort im Kapitel 10 045 - Eine-Welt-Politik - für "Zuschüsse für Projekte ziviler Konfliktbearbeitung im In- und Ausland" von 600.000 DM um 400.000 DM auf 1 Million DM bittet **Ilka Keller (CDU)** um Zusatzinformationen.

(Minister Samland: Das ist nicht mein Ressort!)

Ausschussvorsitzende Ute Koczy teilt mit, federführend sei in dieser Angelegenheit das MUNLV. Zu den Projekten, die im Ausland durchgeführt worden seien, habe es immer Berichte gegeben. Im Fokus stünden Gebiete wie beispielsweise der Kosovo und Montenegro.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **angenommen**.

In der **Schlussabstimmung** werden die diskutierten Haushalte mit Europa- und Eine-Welt-relevanten Inhalten in der sich durch die Diskussion ergebenden Fassung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung durch CDU und FDP **angenommen**.

MBEA/V.1

Düsseldorf, 1. März 2001

Weißbuch „Governance“

1. Vorgeschichte und wesentlicher Inhalt

Im Februar 2000 hat EU-Kommissionspräsident Romano Prodi vor dem Europäischen Parlament die „strategischen Ziele“ der Kommission dargelegt. Hierzu gehören die Förderung neuer Formen europäischer „Governance“.

Damit versucht die Kommission, einen in der Politikwissenschaft seit Anfang der 90er Jahre entwickelten Politikansatz auf die EU zu übertragen. Dieser Ansatz geht davon aus, dass das staatliche Regieren den Herausforderungen der Globalisierung und der europäischen Integration nicht mehr gewachsen ist. Regiert wird nicht mehr in einem hierarchisch geordneten politischen System, sondern in einem nicht-hierarchisch aufgebauten Mehrebenensystem, das staatliche und nicht-staatliche Akteure einbezieht. Verantwortung wird damit vom Staat auf die Zivilgesellschaft und auf die Marktkräfte verlagert. Dies soll durch eine Vernetzung und Verflechtung aller am Politikprozess Beteiligten erreicht werden.

In dem am 11. Oktober 2000 vorgelegten Entwurf eines Weißbuch will die Kommission dem Governance-Ansatz folgen und so den immer komplexeren Sachverhalten in der EU Rechnung tragen. Europäisches Handeln soll auf eine verbreiterte demokratische Grundlage gestellt werden.

Der wesentliche Inhalt:

Die Kommission definiert insgesamt sechs Arbeitsbereiche. Diese sechs Arbeitsbereiche können drei Politikfeldern zugeordnet werden:

- Das erste Feld (Arbeitsbereich 1: Öffentliche Debatte europapolitischer Themen erweitern und bereichern) ist einer **verbesserten Öffentlichkeitsarbeit** gewidmet.
- Das zweite Politikfeld (Arbeitsbereiche 2 bis 4) betrifft das **unionsinterne Regieren** (Government):
(Arbeitsbereich 2: Ausarbeitung und Umsetzung von Gemeinschaftsregelungen; Arbeitsbereich 3: verbesserte Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch Dezentralisierung; Arbeitsbereich 4: verbesserte Zusammenarbeit in einer vernetzten Union.)
- Das dritte Feld (Arbeitsbereiche 5 und 6) widmet sich den **Aktivitäten der Union nach außen**:
(Arbeitsbereich 5: Verbesserung der Außenbeziehungen der EU, etwa bei den

WTO-Verhandlungen; Arbeitsbereich 6: Europaweite Debatte über den Kerngedanken der europäischen Einigung.

2. Inhaltliche Bewertung

Aus Ländersicht sind die Arbeitsbereiche 1 (Öffentlichkeitsarbeit) und 5/6 (Außenbeziehungen) von nachrangiger Bedeutung. Im Mittelpunkt der Bewertung stehen daher die Arbeitsbereiche 2 bis 4, die das unionsinterne Regieren betreffen.

Präsident Prodi hat das Weißbuch ursprünglich als Beitrag zur Kompetenzfrage verstanden. Dabei ging es ihm um eine bessere Aufgabenerledigung durch Kompetenzzusammenführung. In einer vergrößerten Union sei es mehr denn je notwendig, die verschiedenen legislativen und administrativen Ebenen innerhalb der Union aufeinander abzustimmen, um Reibungsverluste zu vermeiden.

Mit ihren Überlegungen unterscheidet sich die Kommission grundsätzlich von der Post-Nizza-Debatte um eine verbesserte Kompetenzordnung. Ziel dieses Prozesses ist die klarere Zuordnung von Verantwortlichkeiten durch Kompetenzabgrenzung und nicht eine weitere Vermischung von Zuständigkeiten. Aus diesem unterschiedlichen Ansatz ergeben sich eine Reihe von kritischen Schlußfolgerungen:

- a) Die im Weißbuch „Governance“ enthaltenen Überlegungen müssen auf den **Vorgaben des EU-Vertragsrechts** aufbauen. Als Grundsätze sind dabei zu berücksichtigen:
 - Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit,
 - Demokratische Legitimität und Verantwortlichkeit,
 - Horizontale und vertikale Gewaltenteilung bei Wahrung des Prinzips der begrenzten Einzelermächtigung,
 - Effizienter und sparsamer Einsatz von Ressourcen.
- b) **Neue Formen der Zusammenarbeit** dürfen nicht dazu führen, dass der EU neue Handlungsbefugnisse außerhalb der vertraglich bestimmten EU-Kompetenzen eröffnet werden. Durch eine „Vernetzung von Entscheidungsebenen“ würde ein Tätigwerden der EU auch außerhalb der vertraglichen Kompetenzordnung ermöglicht. Dies liefe dem geltenden Vertrag und dem von der Regierungskonferenz in Nizza bestimmten Ziel einer klaren Abgrenzung der Aufgaben der EU von den Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten zuwider.
- c) „Governance“ kann nicht dafür genutzt werden, die institutionellen Verfahren der EU zu umgehen oder zu relativieren. Demokratische Legitimation und Kontrolle hoheitlichen Handelns der EU kann ausschließlich durch die vertraglich legitimierte EU-Organe vermittelt werden. Die **politischen Verantwortlichkeiten** müssen klar erkennbar sein. Die Entscheidungsprozesse würden ansonsten für die Bürgerinnen und Bürger noch weniger transparent werden als heute.
- d) Die **Durchführung von EU-Recht** ist grundsätzlich Aufgabe der Mitgliedstaaten bzw. deren Regionen (Beschluss des ER in Essen 1994). Ausnahmen hiervon sind im Vertragsrecht der EU festgelegt. Der von der Kommission vorgeschlagene Ausbau des Instruments der „horizontalen Dezentralisierung“ und die wei-

tere Einrichtung von Agenturen wäre mit der vertraglichen Aufgabenzuweisung nicht vereinbar.

- e) Die vorgeschlagene informelle Zusammenarbeit mit den Regionen bietet der Kommission eine breitere fachliche Entscheidungsgrundlage und ermöglicht **die Folgenabschätzung vor Kommissionsentscheidungen**. Es ist anzustreben, dass Aufwand, Auswirkungen und Kosten von EU-Maßnahmen, die den Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten entstehen, ermittelt und in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Insofern können die Vorschläge in Arbeitsfeld 4 durchaus zu einer verbesserten Vorfeld-Koordination führen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Governance-Prozess von den Ländern ursprünglich als Möglichkeit gesehen wurde, die Diskussion über eine verbesserte Aufgabenabgrenzung in die EU hineinzutragen. Mit der Festlegung von Nizza ist diese strategische Bedeutung entfallen. Gleichwohl werden die Länder den Governance-Prozess gemeinsam mit der Bundesregierung konstruktiv/kritisch begleiten.

3. Verfahrensstand

Die Kommission beabsichtigt, das Weißbuch zur Jahresmitte 2001 fertig zu stellen. Bis dahin führt sie einen breit angelegten Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern in Europa. Bei einem Treffen der Regierungschefs der Länder mit Kommissionspräsident Prodi am 10. März 2000 in Berlin wurde vereinbart, dass die Länder im Rahmen einer „informellen Arbeitsbeziehung“ in den Prozess zur Erarbeitung des Weißbuches einbezogen werden.

Die Länder haben bereits am 21. Dezember 2000 auf Arbeitsebene zu dem Projekt Stellung genommen. Am 16. März 2001 werden sie sich in Brüssel an einer Anhörung beteiligen und dort ihre Kritik und ihre Anregungen zum Weißbuch-Projekt vortragen (Teilnahme der Europaminister Bocklet, Bayern und Samland).

Die bilaterale Konsultation mit der deutschen Seite wird am 29. März 2001 fortgeführt. Hieran wird auch der Bund teilnehmen. Zwischen Bund und Ländern ist vereinbart, rechtzeitig vor dem Termin eine deutsche Stellungnahme zu erarbeiten. Ausgangspunkt ist das Papier der Länder vom 21. Dezember 2000



Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Europa- und Eine Welt-Politik
Frau Ute Koczy MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Dienstgebäude und Lieferanschrift:

Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf

Telefon: (0211) 86 18 - 50

Telefax: (0211) 86 18 - 5 44 44

http://www.masqt.nrw.de

Durchwahl

Telefon: (0211) 86 18 - 3307

Telefax: (0211) 86 18 - 3126

(0211) 86 18 5 + Tel.-NSt.

Datum:

27. März 2001

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)

22

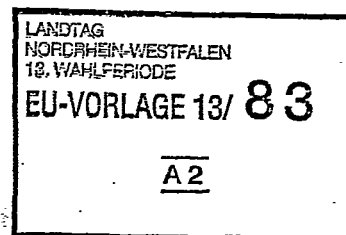
Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der 8. Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik am 05. März 2001 hat
der Vertreter meines Hauses zum Tagesordnungspunkt 6 "Umsetzung der regionalisierten
EU-kofinanzierten Arbeitsmarktpolitik" berichtet.

Wunschgemäß übersende ich die dem Vortrag zu Grunde liegenden Folien sowie Antworten
zu in der Debatte aufgeworfenen Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

(Harald Schartau)



Mittelverteilung Ziel 3

An das BMA gemeldete Plangrößen für die Verteilung der ESF-Mittel in NRW auf die Politikfelder:
(Verteilung bezogen auf operative Mittel, d.h. ohne Liquiditätsreserve von 4% und TH 4%)

Politikfeld A: Aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung der Beschäftigung	55%
Politikfeld B: Gesellschaft ohne Ausgrenzung	5%
Politikfeld C: Berufliche und allgemeine Bildung, lebenslanges Lernen	5%
Politikfeld D: Förderung der Anpassungsfähigkeit und des Unternehmer- geistes	25%
Politikfeld E: Spezifische Maßnahmen für Frauen	10%

Verteilung der ESF-Mittel auf die Politikfelder im Ergebnis der abgeschlossenen Zielvereinbarungen:

Politikfeld A: Aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung der Beschäftigung	54,8%
Politikfeld B: Gesellschaft ohne Ausgrenzung	6,7%
Politikfeld C: Berufliche und allgemeine Bildung, lebenslanges Lernen	4,9%
Politikfeld D: Förderung der Anpassungsfähigkeit und des Unternehmerr- geistes	23,1%
Politikfeld E: Spezifische Maßnahmen für Frauen	10,4%

Indikatoren für die Ermittlung der regionalen Mittelbelegungsquoten in Ziel 3:

Langzeitarbeitslosigkeit:	40%
Arbeitslosigkeit:	20%
Erwerbspersonalpotential:	30%
Gender gap:	10%

Erfolge bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit:

Im Rahmen der abgelaufenen Programmförderphase lag die Vermittlungsquote von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt im Schnitt über alle Programm bei rund 50%.

Die Höhe der finanziellen Interventionen 2000 bis 2006

Ziel 3

In Europa:	47,03 Mrd. DM
in Deutschland:	8,96 Mrd. DM
in NRW:	1,5 Mrd. DM

Auf Jahresbasis sind dies für NRW: rd. 214 Mio. DM
hinzukommen werden:

(Ziel 2 - ESF 300 Mio. DM
GI EQUAL) Einsatz flächendeckend in ganz NRW 160 - 180 Mio.

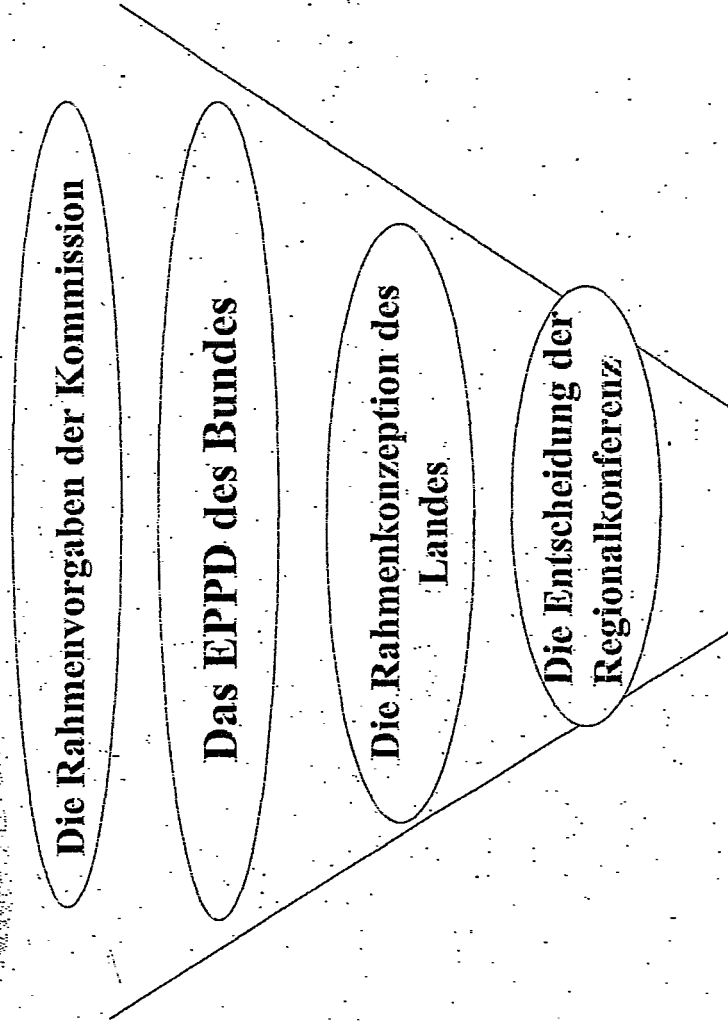


Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Axel Bürger



Der ESF in NRW - konzeptionelle Vorgaben

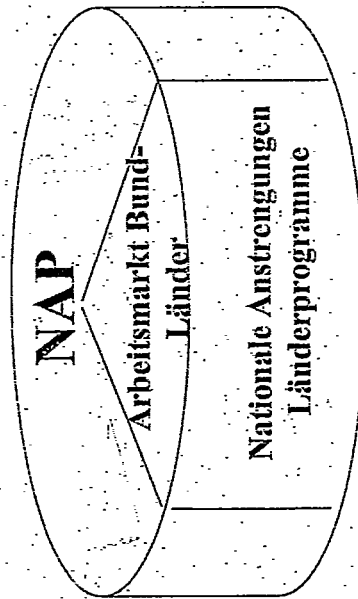


Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Dr. Axel Bürger

Im Zentrum: Arbeitspolitik



Beschäftigungspolitische Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland 2000

Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen.

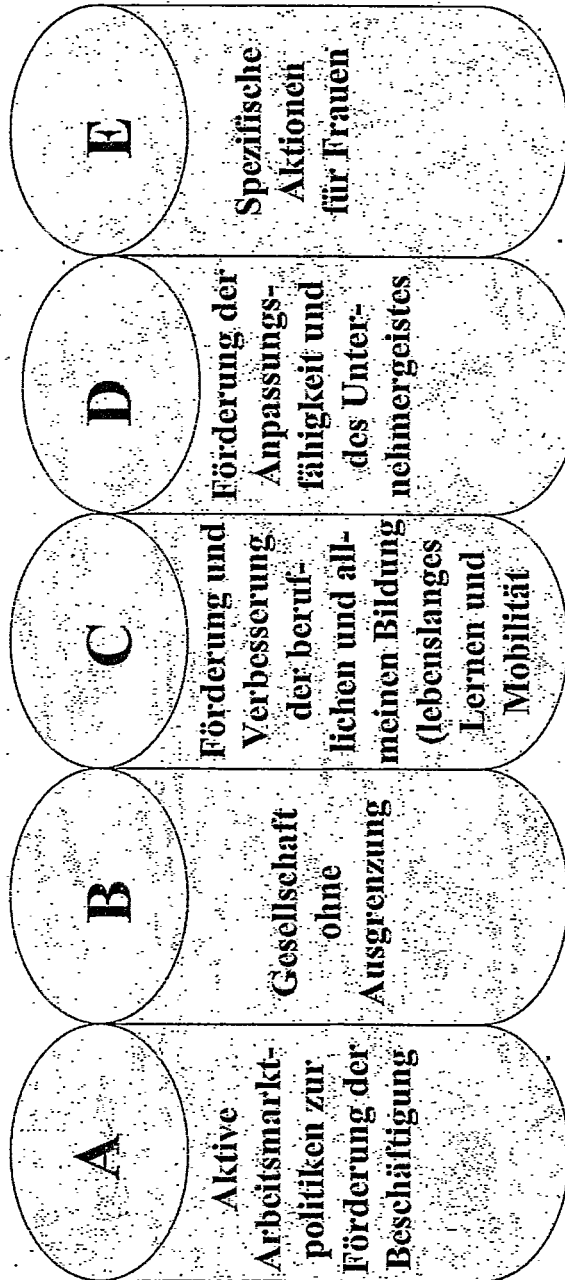


Dr. Axel Bürger



Die ESF-Vorgaben der Kommission

Politikfelder



Mainstreaming/Chancengleichheit

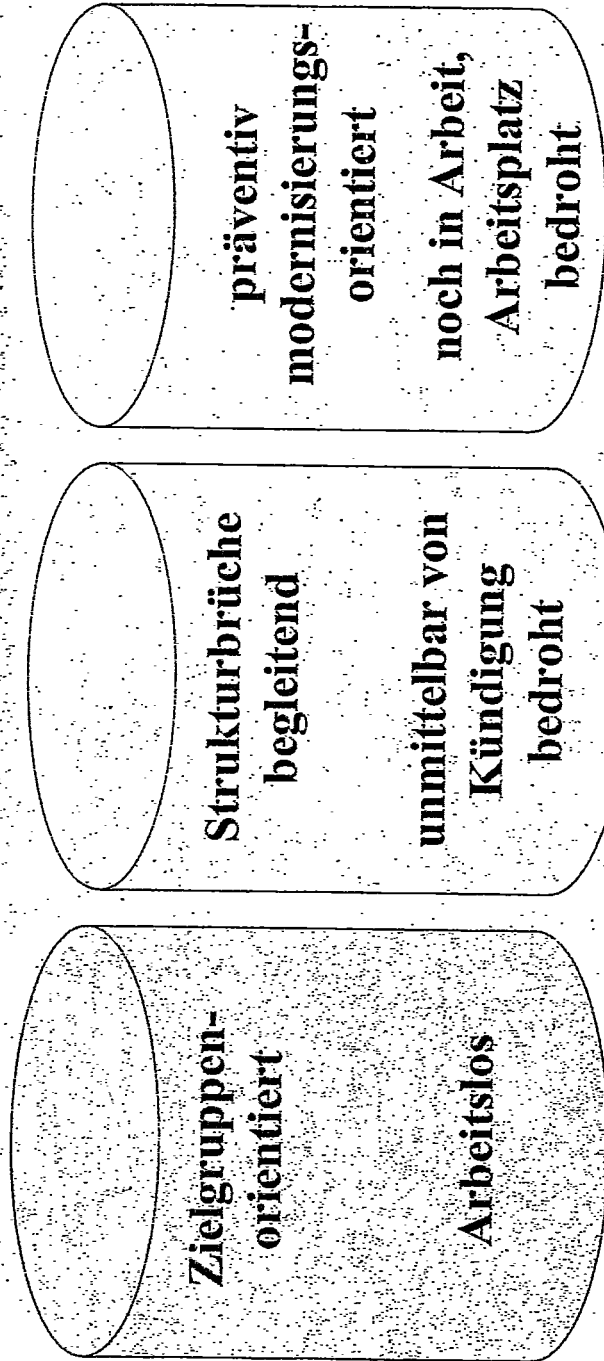


Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Dr. Axel Bürger

Profil in NRW - Drei-Säulen-Modell



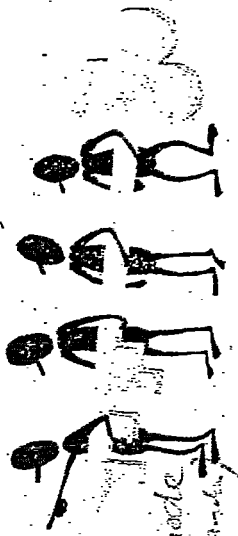
Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Dr. Axel Bürger

Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik

Wichtige Grundsätze für Innovation, Wachstum, Beschäftigung



*Prospert-Methode
aus dem Niederlande*

START-Zeitarbeit

- Betriebsnähe
- Schnittmengen gemeinsamer Interessen der Tarifvertragspartner
- Interventionen mit unmittelbaren Auswirkungen auf Arbeitsmarkt
- Interventionen, um Strukturwandel zu stärken
- problemadäquate Beteiligungsstrukturen/Verbündete für optimale Umsetzung und Innovationen



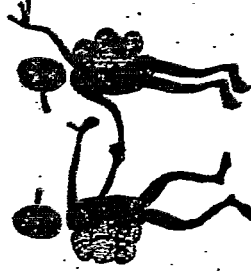
Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Dr. Axel Bürger

Wichtige Grundsätze

Schnittmengen gemeinsamer Interessen der Tarifvertragspartner mit positiven Impulsen für Arbeitsmarkt definieren und fördern



Beispiel:

- Landesinitiative moderne Arbeitszeiten
- Bündnis für Arbeit: Altersteilzeit, Sicherung von Überstundenkonten gegen Konkursrisiko
- arbeitsorientierte Modernisierung



Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Axel Bürger



Wichtige Grundsätze

Problemadäquate Beteiligungsstrukturen

Beispiel:

regionalisierte Arbeitsmarktpolitik - Steuern über
Zielvereinbarungen

zentrale Umsetzung: Landesinitiativen (Arbeitszeit,
Unternehmenskrisen, Jobrotation, IuK,
integrierte Projekte, Brancheninitiativen,
modernisierungsorientierter Arbeitsschutz ...)



Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Axel Bürger



Muster einer Zielvereinbarung Land-Region

Beispiel:

Politikfeld „Förderung der Beschäftigung (2000 - 2002)“

Anzahl der Teilnehmer/-innen	Mitteleinsatz	Ergebnisindikatoren
750 Arbeitslose/von Langzeit-arbeitslosigkeit Bedrohte sowie 250 Jugendliche	20 Mio. DM 7 Mio. DM	1. 60% Übergangsquote in den 1. Arbeitsmarkt 2. 25% in Ausbildung bzw. Anerkannte abschlussbezogene Qualifizierung

Die Region will im Förderzeitraum mit 27 Mio. DM ca. 1.000 arbeitslose Teilnehmer/-innen fördern, von denen mindestens 60% in den 1. Arbeitsmarkt und 25% in Ausbildung oder eine anerkannte abschlussbezogene Qualifizierung übergehen.



Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Axel Bürger

Wichtige Grundsätze

Interventionen, um Strukturwandel zu stärken

**Beispiel:
Zusammenarbeit mit Ruhrkohle-AG, Unterstützung
von Bergbauzulieferern, Handwerkerinitiative für
Montanarbeitnehmer, integrierte Projekte**



Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Axel Bürger



Wichtige Grundsätze

**Interventionen mit unmittelbaren Vorteilen
für den Arbeitsmarkt**

**Beispiel:
Krisenintervention
Transfergesellschaften
sozialverträglicher Ausstieg aus Kohle/Stahl**



Ministerium für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Axel Bürger



**Sprechzettel Europa- und Eine-Welt-
Ausschuss am 5. März 2001, Landtag,
TOP 8 „Servicestelle für kommunale
Entwicklungszusammenarbeit und die
Einbindung von Nord-Süd-Themen in
die lokalen Agenda-21-Prozesse“**

Anrede,

„Global denken – lokal handeln“ – so lautet die Handlungsmaxime, auf die sich die Staaten dieser Welt auf der großen UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 verpflichtet haben.

Die Eine-Welt-Politik des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich diesem Auftrag gestellt und u. a. über das PromotorInnen-Netzwerk, das Gemeindefinanzierungsgesetz zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und die Einrichtung der Agenda-Transfer-Stelle in Bonn Institutionen und Instrumente geschaffen, um auch im kommunalen Umfeld die Nord-Süd-Perspektive und den Solidaritätsgedanken über die Kontinente hinweg in das Bewußtsein der Bürgerinnen und Bürger zu rücken.

Städtepartnerschaften und der kommunalen Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd kommt in diesem

Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu: sie schaffen emotionale Bindungen und gegenseitiges Verständnis.

Persönliche Begegnungen, konkrete Erfahrungen mit dem Alltag der Menschen in den Ländern des Südens, mit ihren Problemen und Lösungsansätzen fördern ein Überdenken und oftmals auch ein Verändern des eigenen Lebensstils und Verhaltens weitaus stärker als allgemeine Informationen in schriftlicher oder mündlicher Form.

Die bei CAF angesiedelte Agenda-Transfer-Stelle spielt hierbei eine sehr wichtige Rolle: das Büro mit dem Promotor für „Lokale Agenda 21 und Nord-Süd“ veranstaltet Fachgespräche und Workshops zu Eine-Welt-Themen im lokalen Agenda-Prozess, vermittelt Fachkontakte und kommunale Partnerschaften und fördert damit - auch bundesweit - den Erfahrungs- und Informationsaustausch unter Kommunen und Initiativen.

Bereits seit einigen Jahren gibt es das Ziel einiger Bundesländer, gemeinsam eine am Aufgabenprofil von CAF / AgendaTransfer orientierte bundesweit agierende Servicestelle zu schaffen, die die Akteure vor Ort dabei unterstützt, ihre entwicklungspolitische Arbeit auf kommunaler Ebene effizienter und bekann-

ter zu machen und die die vielfältigen und kompetenten Aktivitäten von Institutionen, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen nach Bedarf unterstützt und ergänzt.

Heute kann ich Sie darüber informieren, dass eine bundesweit agierende, von Bund und Ländern gemeinsam getragene „Servicestelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die Einbindung von Nord-Süd-Themen in die lokalen Agenda-21-Prozesse“ zum 1.1.2002 in Bonn die Arbeit aufnehmen wird.

(Allein in Nordrhein-Westfalen sind es 214 Städte und Gemeinden, die einen Agenda-Beschluss gefasst haben; bundesweit rd. 1.700.)

I.

Eine Arbeitsgruppe der Länder hatte bereits im April 1999 ein Konzeptpapier einschließlich Finanzierungsplan für diese Servicestelle erarbeitet, das jedoch wegen nicht ausreichender Bereitschaft der Länder, sich an der Finanzierung zu beteiligen, keine Umsetzung fand.

Nach dem Regierungswechsel auf Bundesebene hat die neue für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul durch ihr Angebot, dass der Bund pro Jahr 250 000 DM für eine solche Servicestelle zur Verfügung stellt, die Länder erneut zum Handeln angestoßen.

Bei dem ersten Treffen der Bundesministerin mit den Fachkolleginnen und Kollegen für Entwicklungszusammenarbeit / Eine-Welt-Politik aus den Ländern Mitte des vergangenen Jahres haben die Länder die Bereitschaft des Bundes zur Mitfinanzierung außerordentlich begrüßt und beschlossen, die Carl-Duisberg-Gesellschaft mit der Erarbeitung eines Konzeptes mit Finanzierungsplan für die Gemeinsame Servicestelle zu beauftragen.

Es bestand zwischen Bund und Ländern Konsens, dass keine neue Institution geschaffen werden solle, sondern möglichst eine Übertragung auf vorhandene Einrichtungen erfolgt, und dass die wichtigsten Akteure im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden.

Zur Erarbeitung des Konzeptes hat im November 2000 in Bonn ein Fachgespräch mit allen beteiligten Institutionen und Nichtregierungsorganisationen stattgefunden. An diesem Fachgespräch haben Vertreterin-

nen und Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände, der entwicklungspolitischen Landesnetzwerke, des DGB, kirchlicher Hilfswerke und des Verbandes entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO – Bonn) teilgenommen.

II.

Die Ziele der Servicestelle sollen zwei Hauptbereiche umfassen:

- die Stärkung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit mit Partnern in anderen Ländern, das heißt bi- und multilaterale Projekte
- Integration der Eine-Welt-Dimension in Aktionsprogramme zur lokalen Agenda 21

Diese Ziele sollen u. a. durch folgende Aktivitäten erreicht werden:

- die Förderung des Informations- und Erfahrungsaustauschs unter den Aktiven
- die Bündelung parallel laufender Diskussionsprozesse und Aktivitäten
- der Aufbau tragfähiger Vernetzungsstrukturen
- Impulse für gemeinsame Aktionen

- die Förderung der stärkeren Einbindung von Verwaltung, lokaler Politik und Wirtschaft in Agenda-Prozesse
- Entwicklung eines Leitbildes „Eine-Welt-vor-Ort“ für Kommunen und Initiativen
- Veröffentlichung von Best Practices
- Überregionale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Information, Recherchen, Lobbyarbeit und Politikberatung

Die Trägerschaft der Servicestelle soll die Carl-Duisberg-Gesellschaft übernehmen. Sie soll dabei mit der vom Land NRW geförderten Agenda-Transfer-Stelle (Bonn) kooperieren.

Die Tätigkeiten, die von CAF / Agenda-Transfer zum Thema „Lokale Agenda und Nord-Süd“ bisher für NRW und auch bundesweit geleistet werden, werden dabei einbezogen, so dass dem Land keine neuen Kosten entstehen.

Zur Unterstützung der Servicestelle soll ein Beirat mit Vertreterinnen und Vertretern u. a. von Bund, Ländern, Kommunen, Landes- und Bundesnetzwerken der Eine-Welt-Bewegung, von Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft eingerichtet werden.

Darüber hinaus soll eine der Stellen in der Servicestelle von der Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke der Eine-Welt-Initiativen besetzt werden.

Neben dem Bund haben Anfang des Jahres zehn Länder die Bereitschaft erklärt, sich finanziell an der Servicestelle (mit zusammen rd. 280 000 DM) zu beteiligen.

Eine Aufgabe der neuen Servicestelle wird es sein, Drittmittel z. B. bei den Ländern, beim Bund, der EU, der Wirtschaft, bei kirchlichen Einrichtungen und bei wirtschaftsnahen Stiftungen zu akquirieren.

Hierbei stehen die Chancen nicht schlecht. So hat bei dem im November in Bonn durchgeführten Fachgespräch ein Vertreter von Misereor mitgeteilt, dass er sich eine projektgebundene Förderung der Servicestelle durch Misereor durchaus vorstellen könne.

III.

Eine zentrale Aufgabe der neuen Servicestelle wird der Wissenstransfer über die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sein. Das begrüßen wir außerordentlich.

Für Völkerverständigung, Solidarität und für den Abbau von Fremdenfeindlichkeit bei uns (ein Ziel, das uns allen besonders wichtig sein muss) brauchen wir Städtepartnerschaften und die kommunale Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd.

Städte und Gemeinden, die sich für die Eine-Welt-Thematik stark machen, unterstützen damit nicht nur Menschen in fernen Ländern, sondern sie fördern auch ein solidarisches Zusammenleben der eigenen Bevölkerung.

Und noch ein Gutes hat die Servicestelle: Mit der Ansiedlung in Bonn wird sie den Standort Bonn als Zentrum für Internationale Zusammenarbeit weiter stärken.

In den nächsten Wochen bedarf es noch zahlreicher Gespräche und Vereinbarungen zwischen Bund, Ländern und beteiligten Institutionen, damit die Service-


stelle zu Beginn des nächsten Jahres richtig arbeitsfähig ist.

Die neue Servicestelle beginnt ihre Arbeit genau in dem Jahr, in dem international die große Nachfolgekonferenz des Erdgipfels von Rio ansteht: die UNO-Generalversammlung „Rio + 10“ im südafrikanischen Johannesburg in der zweiten Jahreshälfte 2002, nur wenige Kilometer von unserer Partnerprovinz Mpumalanga entfernt.

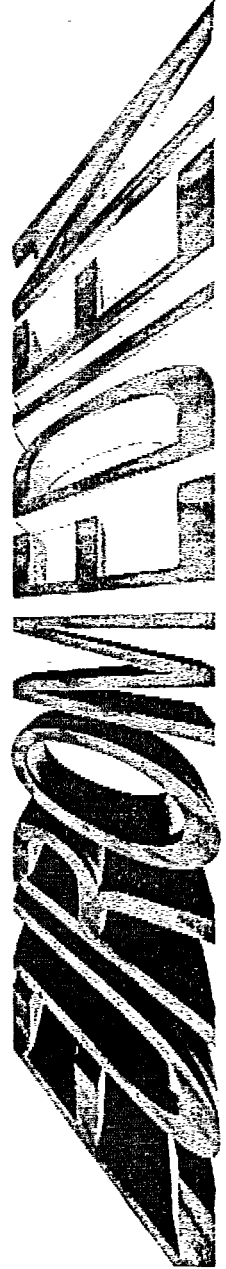
Dies wird die Agenda-Bewegung bei uns weiter stärken.

Insgesamt läßt sich feststellen: Mit der Einrichtung der Servicestelle wird sich ein wichtiger Baustein der erfolgreichen nordrhein-westfälischen Eine-Welt-Arbeit nun bundesweit ausbreiten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

 THE EUROPEAN INSTITUTE FOR THE MEDIA

**Europa in den Medien - ein
Kommunikationsschengen?
2001**



HINTERGRUND

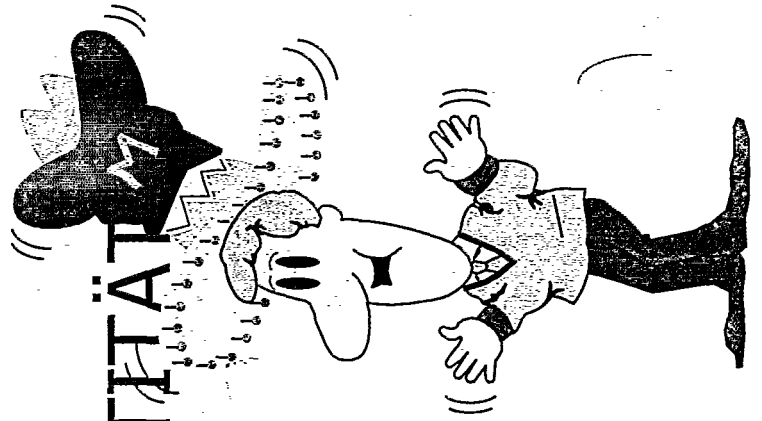
POLITISCHE IDENTITÄT

ÖKONOMISCHE IDENTITÄT

HISTORISCHE IDENTITÄT

(MASSEN-)KULTURELLE IDENTITÄT

MEDIALE IDENTITÄT



DIE HERAUSFORDERUNGEN

SYMBOLE

PERSONEN

INSTITUTIONEN

ASSOZIATIONEN

NATIONALE BRILLEN & INTERESSEN

DIE MEDIEN

**REFLEKTION BEVÖLKERUNGSMEINUNG
KEINE BASIS PANEUROPÄISCHE MEDIEN
EUROTHEMEN=KRISENTHEMEN
EUROPA IST ABSTRAKT
FILM-/TV-PRODUKTE:KEIN EUROP AFLUSS
PRESSE: NATIONALE BRILLE(EMI 1999)
KAMPAGNEN: TEUER & SCHLECHT**

EMI-STUDIE 2000: FERNSEHEN

**Information, Magazine, Bildung, Shows
Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande,
Polen, GB**



jo groebel 2000

ZWEI PHASEN

**1.: 6 Wochen-Analyse Programmformen mit
Europabezug in den beiden größten Sendern.
15.Mai-30.Juni 2000**

**2.: Tiefenanalyse 20 Programme pro Land erste
beide Septemberwochen**

1. Phase: Drei Arten von Programmen

Europamagazine

Programme mit hoher Europarelevanz

Allgemeine Programme mit Europaflavour

Europamagazine

**Die meisten in Polen und NL
Polen besonders EU-spezifische Programme
Italien vor allem Kultur mit wenig politischem
Europa
In allen Ländern Platzierung Nachmittag und
Vorabend**

Programme mit Europabezug (meist nationale Politikmagazine)

**Vor allem in Deutschland, Frankreich, NL, Polen
Hauptsendezeit vor allem in Deutschland und
Frankreich, dann politische und ökonomische
Themen**

**NL und GB: Hauptsendezeit vor allem
Dokumentationen**

Allgemeine Programme mit Europaflavour

**Sport, Kultur, Film, Reise, Bildung, Comedy,
leichte Unterhaltung**

Alle Länder: Reise, Kultur

**Late night in GB Eurotrash, Eurotica Horror, Erotik
und Sex.**

Phase 1: Zentrale Themen

Frankreich: Ökonomische Integration und Euro, Lifestyle, Reise und EU allgemein

Deutschland: Reise, Lifestyle, Europäische Probleme, EU, Euro und Ost-Europe

Italien: Reise, Kultur, Immigration, Literatur

NL: Euro 2000, Reise, Europa-Probleme, Politische Biographien, Film und Lifestyle

Polen: Landwirtschaft und EU, Europa-Probleme, Ökonomische Integration, Reise, Polen und EU

GB: Bildung, Geschichte, Sport, Erotica, Reise und Lifestyle

ZUSAMMENFASSUNG

Italian television does not really deal with political aspects of Europe with only a RAI broadcast of Euronews early mornings. A similar conclusion was reached in our study on news coverage of Europe

Prime-time Europe in Germany and France focuses on political and economic issues. In the Netherlands and the UK this schedule period features historical and cultural documentaries

In Poland, European issues are most relevant due to preparation for and debates about European Union membership

New trends in French programming include the 'mini-programme' format with brief information packets. The talk-show Union Libre also takes a light-hearted look at Europe.

The majority of relevant programmes are broadcast in the afternoon and early evening, with British television offering an alternative late night perspective on Europe

Phase 2: Zentrale Themen

The European Union: educational and informational programmes

European current affairs: discussions, debates and investigations

Living and working in Europe: Experiencing free movement

Our strange neighbours: Entertainment and Europe

Telling European stories: Historical documentaries

A shared cultural heritage: Art, film, music, literature

Europe in the 21st century: technology, science

Pictures of Europe: travel, culture

EUROPABILDUNG UND INFO ÜBER DIE NACHBARN

Netherlands: *Europe, the history of the future*
NED 3 11.10-11.55am (Thursday)

Poland: *EuroExpress*
TVP1 15.10-15.30pm (Thursday)

UK: *Landmarks; portrait of Europe*
BBC2 afternoon (Wednesday)

France: *l'Euro en poche*
TF1 18.50-19.00pm (Sunday)

POLITSENDUNGEN

Germany: *Europamagazin*

ARD 16.35-17.00pm (Saturday)

Poland: *12.20 to the Union*

TVP1 12.20-12.40pm (Tuesday)

Netherlands: *Correspondent in Avondland*

NED 1 23.13-23.54pm (Saturday)

France: *Envoye Special*

France2 20.50-23.05pm (Thursday)

Germany: *Presseclub*

ARD 12.00-12.45pm (Sunday)

Poland: *Europeans*

TVP2 17.05-17.30pm (Friday)

UNTERHALTUNG: NACHBARN ALS FREUNDE, NACHBARN ALS KURIOSA

**Poland: *Rozmowy w toku* (talk show)
TVN 16.35-17.35pm (Friday)**

**France: *Union Libre*
France 2 18.55-19.50pm (Saturday)**

**Poland: *Wizjer TVN*
TVN 17.35-18.05pm (Wednesday)**

**UK: *Eurotrash*
Channel 4 22.30-23.05pm (Friday)**

LEBEN UND ARBEITEN IN EUROPA

Netherlands: *Parallel*

NED 3 16.21-16.50pm (Sunday)

Poland: *Geezers 2000*

TVP1 15.35-16.00pm (Monday)

Netherlands: *Eutopia: Squatville*

NED 3 16.28-16.54pm (Saturday)

UK: *A place in the sun*

Channel 4 15.30-16.00pm (Monday)

UK: *Eutopia: Sour Grapes*

BBC2 23.20-23.50pm (Tuesday)

UK: *Eutopia: A Greek and Pleasant Land*

BBC2 0.05-0.35am (Wednesday)

DIE ZUKUNFT: LÖSUNGEN?

**EUROPA ONLINE: PORTALE &
INFRASTRUKTUR**

**PERSONALISIERUNG: POLITIK & MEDIEN
UNTERHALTUNGSMIX**

„BRILLENTAUSCH“

GEMEINSAME MYTHEN?

KOMMUNIKATIONSSCHENGEN

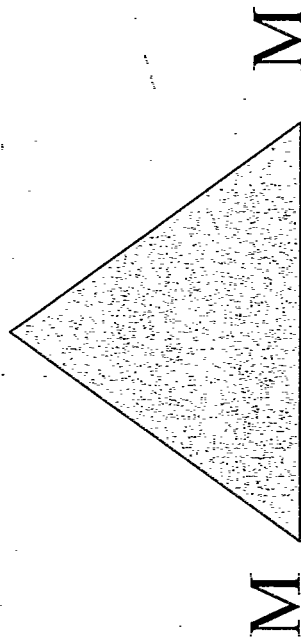
BALANCE MEDIEN: 3M

MERE FACTS (FAKTEN FAKTEN ...)

MISSION

MARKT

M



GOVERNANCE DILEMMAS RE THE MEDIA

COMPLEXITY - NEED SIMPLIFICATION

GLOBALISATION - LOCAL IDENTITIES

RATIONALITY - EMOTIONAL KICKS

LONG-TERM PLANS - IMM.PRESSURE

TRANSPARANCY - „HYPER“

PUBLIC AGENDA - LACK OF INTEREST

REPRES.DEMOCRACY - PARTICIPATION

GOVERNANCE - LACK OF STRUCTURE

jo groebel 2001